

MM 19.1.01

# Tod durch die Mikrowelle

## Die verkannte Gefahr: Radar-Systeme verursachen Krebserkrankungen bei Soldaten

Von Holger Eichele

München - Der Minister gab sich gelassen. Als Berichte über mögliche Strahlenrisiken durch Uran-Munition bekannt wurden, sprach Rudolf Scharping vom „Hysterie-Syndrom“. Von einer Gefahr für die Soldaten zu reden sei „fahrlässig“.

Während sich die Opposition im Bundestag gestern über den Verteidigungsminister und den vermeintlichen „Uran-Skandal“ hermachte, sieht sich die Hardthöhe mit weitaus gravierenderen Diagnosen konfrontiert: Wissenschaftlern gelang der Nachweis, dass über Jahrzehnte hunderte Soldaten an Radargeräten erheblichen Gesundheitsrisiken ausgesetzt waren. Eine erste Studie weist 24 Todesfälle nach - „wohl nur ein kleiner Teil der tatsächlichen Opfer“, so ein Verantwortlicher auf der Hardthöhe.

Im Auftrag der Bundeswehr hatten Forscher der Universität Witten/Herdecke die Biografien von Soldaten untersucht, die seit den 70er Jahren an Radargeräten eingesetzt waren und später über „erhebliche Gesundheitsprobleme“ klagten. Von den 99 erfassten Soldaten sind 69 an Krebs erkrankt, 24 inzwischen verstorben. Das „durchschnittliche Sterbealter“ beträgt 40 Jahre.

Die Meldungen überstürzen sich: In der Marinebasis Wilhelmshaven sind bis 1991 acht Radartechniker an Krebs verstorben, weitere acht erkrankt; neben einer Raketenstellung bei Bremen erkrankten 15 Bürger an Hirntumoren. Längst sind auch die Kompanien mit Raketen abwehrsystemen vom Typ Roland, Hawk und Patriot alarmiert, deren Radardosis ebenfalls zu Erkrankungen führen können.

Scharping ist schockiert, die urangereicherte Gelassenheit weicht der Nervosität. Offenbar habe „eine erschreckend hohe Zahl“ von Soldaten gesundheitliche Schäden davongetragen, räumt der Minister ein. Zurückzuführen sei das „Problem“ auf Röntgenstrahlung, die als Nebenprodukt der Radarstrahlung entstehe.

**Günter Käs, ein vielzitiertes Radar-Experte der Bundeswehr, widerspricht der Darstellung des Dienstherrn.** „Die Röntgenstrahlung ist seit Jahrzehnten wohlbekannt und geht nur von einzelnen Bauteilen aus. Kritisch wird es höchstens für das Wartungspersonal“, so der Wissenschaftler. Das Hauptproblem sei die hohe Mikrowellenstrahlung. Der Professor für Radartechnik an der Bundeswehr-Universität Neubiberg musste immer wieder feststellen, dass die Soldaten den Mikrowellen schutzlos ausgesetzt sind. **„Die Grenzwerte sind völlig unzureichend für den Gesundheitsschutz“, moniert Käs. „Sie garantieren sicherlich nicht die Gesundheit, besonders nicht bei gepulster Hochleistungsstrahlung“**

Verantwortlich für die Misere seien nicht in erster Linie die Streitkräfte, betont Käs. „Die Bundeswehr bewegt sich nur im gesetzlichen Rahmen. Solange der Gesetzgeber nichts anderes vorsieht, gibt es auch für die Bundeswehr keinen Handlungsbedarf.“ **Der renommierte Wissenschaftler erhebt schwere Vorwürfe gegen die Bundesbehörden: „Alle offiziellen Stellen beten die Grenzwerte nach - auch das Bundesamt für Strahlenschutz. Es heißt: .Nach derzeitigem Stand der Wissenschaft ist eine**

## **Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen.' Das halte ich für hanebüchen.'**

**Den Experten der Bundeswehr ist seit Jahrzehnten bekannt, dass der Gesetzgeber die besonders gefährliche gepulste Hochleistungsstrahlung verharmlost. „Die Hochleistungsstrahlung ist für den Gesetzgeber irrelevant - in der Bundesimmissionsschutzverordnung wird einfach ein Mittelwert angesetzt“, so Käs. „Darauf führe ich die gesamte Geschichte zurück“ - gemeint ist die hohe Zahl an Krebserkrankungen. Auf die Frage, ob er die Hardthöhe vor den Risiken gewarnt habe, sagt der Bundeswehr-Wissenschaftler: „Das habe ich nie versucht.“ Eine Intervention wäre nicht erfolgversprechend gewesen, da die Hardthöhe sich auf die amtlichen Grenzwerte berufen hatte. Käs: „Wer macht da schon einen Alleingang?“**

Die Bundeswehr hatte 1962 Schutzvorschriften für den Betrieb von Radaranlagen erlassen, die 1978 von der Nato für verbindlich erklärt wurden. Für den zivilen Bereich, etwa Flughäfen, erließ die Bundesregierung erst 1984 spezielle Schutzvorschriften.

Zwei Jahre zuvor war Herbert G. an Krebs gestorben. Der Offizier hatte als Radaraufklärer am Standort Freising gearbeitet. Die Intensität der Strahlung war auch dort sträflich unterschätzt worden. „Wenn der Radarstrahl über den Führungsbunker hinwegstrich, zündeten die ausgeschalteten Neonlampen“, erinnert sich ein Kollege des Verstorbenen, der ebenfalls an Krebs erkrankte. Im Winter wärmten sich die Kameraden an der Strahlung der Radarantennen. Der modernen Technik, die von der US Army zur Überwachung des östlichen Flugraums installiert worden war, vertraute man blind. Horst Feiler, früher Radarflugmelder am Stützpunkt Hamdifmg bei Freising: „Damals hatte es kaum Jemand gewagt, Zweifel an der Sicherheit von US-Einrichtungen zu äußern.“

Deutsche Versorgungsämter haben in den letzten Jahren nur bei fünf Soldaten eine Erkrankung durch Radarstrahlen anerkannt und Leistungen bewilligt. In den Registraturen des Verteidigungsministeriums liegen über 30 Fälle. Die Verfahren ziehen sich über Jahre. Auch die Familie von Herbert G. fordert eine Entschädigung. Der Rechtsstreit mit der Bundeswehr dauert bereits 25 Jahre. Den Angehörigen geht es nicht ums Geld, sondern darum, dass eine demokratisch legitimierte Armee das Leben ihrer Soldaten zu schützen hat.

[www.buergerwelle.de](http://www.buergerwelle.de)